S 4 RA 1183/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 4

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Beitrag, Nachentrichtung,

Beitragsnachentrichtung, Umbuchung, Änderung, Herstellungsanspruch,

Beratung, Beratungspflicht,

Beratungsfehler

Leitsätze Der Träger der Rentenversicherung, der

dem Versicherten bei der

Beitragsnachentrichtung die üblichen schriftlichen Belehrungen erteilt hat einschließlich der Empfehlung, sich die Auswirkungen konkret berechnen zu

lassen, genügt damit seiner

Beratungspflicht. Erist nicht verpflichtet, nach der Einzahlung der Beiträge eine

Umbuchung im Wege des

Herstellungsanspruchs vorzunehmen, wenn der Versicherte eine individuelle Beratung nicht in Anspruch genommen

hat.

Normenkette AnVNG Art. 2 § 27

1. Instanz

Aktenzeichen S 4 RA 1183/00 Datum 13.07.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 RA 3182/01 Datum 18.10.2002

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der Klägerin wird zurÃ⅓ckgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten des Berufungsverfahrens sind nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Streitig ist zwischen den Beteiligten, ob die Beklagte im Wege des Herstellungsanspruchs ver-pflichtet ist, ýber den Nachzahlungsantrag der Klägerin vom 09. April 1973 erneut zu entschei-den und ihr deswegen ab 01. August 2000 höhere Altersrente zu gewähren.

Der am 1940 geborenen KlĤgerin wurden mit Bescheid vom 22. Mai 1962 auf ihren Antrag die BeitrĤge fļr die Zeit vom 01. April 1955 bis 17. MĤrz 1962 anlÃxsslich ihrer Heirat erstattet. Im Jahre 1972 wandte sich die KlÃxgerin wegen der Nachentrichtung freiwilliger BeitrĤge nach Art. 2 § 27 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes (AnVNG) in der Fassung des Dritten Rentenversicherungs-Ã nderungsgesetzes an die Beklagte. Diese übersandte der Klägerin mit dem Formschreiben 6.1361 die ErklĤrungsvordrucke 6.1362 sowie die MerkblĤtter 8 (Die Renten aus der Heiratserstattung), ferner eine Beitragstafel. Am 09. April 1973 beantragte die KIägerin bei der Beklagten mittels der nun unterschriebenen (nachdem eine schon unter dem 13. Oktober 1972 abgesandte ErklĤrung nicht unterschrieben war) ErklĤrungsvordrucke 1.1362 die entsprechende Nachentrichtung freiwilliger Beiträge für die Zeit der Heiratserstattung vom 01. April 1955 bis 17. März 1962. Sie erklĤrte sich darin bereit, fļr 1955 und 1956 BeitrĤge der Klasse 100, $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r 1957 solche der Klasse 200, $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r 1958 solche der Klasse 300, $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r 1959 solche der Klasse 400 so-wie für 1960 bis 1962 solche der Klasse 500 nachzuentrichten. Die KlĤgerin bestĤtigte auch schriftlich, dass ihr bekannt sei, die von ihr gewäxhlten Beitragsklassen nicht mehr äxndern zu kä¶nnen, sobald der jeweilige Beitrag an die Beklagte ýberwiesen worden sei. Mit Bescheid vom 30. Mai 1973 teilte die Beklagte der KlĤgerin mit, dass sie zur Nachentrichtung der freiwilligen Beiträge zur Angestelltenversicherung gemäÃ∏ ihrer Bereiterklärung berechtigt sei. Die KlĤgerin zahlte entsprechend diesem Bescheid die BeitrĤge in Höhe von insgesamt 4.563,- DM für die Zeit von April 1955 bis März 1962 nach. Seit 01. August 2000 gewĤhrt die Beklagte der KlĤgerin aufgrund des Bescheids vom 13. Juli 2000 Altersrente für Frauen; darin sind bei der Rentenberechnung die für die Zeit vom 01. April 1955 bis 31. März 1962 nachentrichteten Beiträge entsprechend den von der KlĤgerin seinerzeit gewĤhlten Beitragsklassen berücksichtigt worden.

Schon am 07. Dezember 1999 beantragte die KlĤgerin bei der Beklagten, den Bescheid vom 30. Mai 1973 zurĹ¼ckzunehmen. Ä□ber ihren Nachentrichtungsantrag mù¼sse nach näherer Konkretisie-rung neu entschieden werden. Sie habe am 09. April 1973 offensichtlich und fù¼r die Sachbear-beitung durch die Beklagte erkennbar eine unzweckmäÃ□ige Verteilung der nachbezahlten Beiträ-ge beantragt. Sie hätte seinerzeit auf die UnzweckmäÃ□igkeit der Nachzahlungsverteilung hinge-wiesen werden mù¼ssen. Ihrem Antrag hätte nicht einfach kritiklos entsprochen werden dù¼rfen. Sie stù¼tze sich auf den sozialrechtlichen Herstellungsanspruch. Diesen Antrag lehnte die Beklag-te mit Bescheid vom 16. Dezember 1999 ab, weil ein Beratungsmangel nicht vorliege. Mit dem dagegen eingelegten Widerspruch berief sich die Klägerin erneut auf den

Herstellungsanspruch; ein Beratungsanspruch bestehe nämlich auch ohne ein ausdrückliches Beratungsbegehren, wenn sich der Versicherte für die Sachbearbeitung erkennbar unzweckmäÃ∏ig verhalte. Der Wider-spruch blieb erfolglos; im Widerspruchsbescheid der bei der Beklagten bestimmten Widerspruchsstelle vom 29. März 2000 wurde u.a. darauf hingewiesen, es sei die zumutbare Aufgabe des Versicherten, im Vorfeld der Nachentrichtung die günstigste Möglichkeit der Beitragsnach-entrichtung zu finden. Angesichts des eindeutigen Antrags der Klägerin sei eine weitere Bera-tung nicht angezeigt gewesen.

Am 12. April 2000 erhob die KlĤgerin dagegen Klage beim Sozialgericht (SG) Freiburg. Sie berief sich erneut auf einen Beratungsmangel. Im Jahre 1972 habe sie sich anlÄxsslich des Nach-zahlungsantrags an keine Beratungsstelle der Beklagten gewandt. Sie habe sich damals gedacht, dass sie in der ersten Zeit geringe Beiträge entrichten müsse, weil sie während der Lehre auch nur wenig verdient habe. Später habe sie dann mehr verdient und deshalb gemeint, sie müsse für diese Zeit auch höhere Beiträge eintragen. Die unzweckmäÃ∏ige Beitragsverteilung in ihren An-trägen vom 09. April 1973 sei für die Beklagte bei der Bescheiderteilung am 30. Mai 1973 of-fensichtlich gewesen, ohne dass komplizierte Änberlegungen und schwierige rechtliche Zuord-nungen erforderlich gewesen seien. Probeberechnungen hAxtten nicht vorgenommen werden mA4ssen. Allen Mitarbeitern der Beklagten sei 1972/73 klar gewesen, dass, je weiter die Beiträge für die Vergangenheit entrichtet würden und je höher sie wären, dies um so günstiger für den Versi-cherten sein werde. Im Hinblick darauf hätte sie zu zweckmäÃ∏igen Zahlungen, d.h. zur Beitrags-verteilung "im Krebsgang" angehalten werden mýssen. Offenkundig hÃxtte sie die umgekehrte Reihenfolge wÃxhlen müssen, was auch nicht zu einer höheren Beitragsbelastung geführt hÃxtte. Darauf, dass ihr MerkblÃxtter ausgehÃxndigt worden seien, könne sich die Beklagte nicht berufen, da fþr die Beklagte offensichtlich gewesen sei, dass sie, die KlĤgerin, die MerkblĤtter nicht bzw. falsch verstanden habe. Somit sei ein Anlass fýr eine Spontanberatung gegeben gewesen, und zwar auch schon vor dem Inkrafttreten des Ersten Buches des Sozialgesetzbuchs (SGB I) am 01. Januar 1976. Die Beklagte trat der Klage unter Vorlage ihrer Verwaltungsakten, der ErklĤrungsvordrucke 6.1361 und 6.1362 sowie der MerkblÄxtter 8 und 15 entgegen. Hier habe ein Beratungsfehler nicht vorgelegen. Die KlÄgerin habe aufgrund der ErklÄgrungsvordrucke und MerkblÄxtter bei der An-tragstellung alle MĶglichkeiten gehabt, um selber die entsprechende Verteilung der BeitrĤge zu gestalten. Die KlĤgerin habe ohne Inanspruchnahme einer mĶglichen Beratung den Nachzah-lungsantrag gestellt. Mit Urteil vom 13. Juli 2001 wies das SG die Klage, mit der die KlĤgerin beantragt hatte, den Bescheid vom 30. Mai 1973 sowie den Bescheid vom 16. Dezember 1999 in der Gestalt des Wi-derspruchsbescheids vom 29. MÄxrz 2000 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, über den Nachzahlungsantrag vom 09. April 1973 neu zu entscheiden, ab. Auf die EntscheidungsgrÄ¹/₄nde des den ProzessbevollmĤchtigten der KlÄzgerin gegen Empfangsbekenntnis am 20. Juli 2001 zu-gestellten Urteils wird Bezug genommen.

Gegen das Urteil des SG hat die Klägerin am 02. August 2001 schriftlich Berufung

beim Lan-dessozialgericht (LSG) eingelegt. Sie hat den Rentenbescheid vom 13. Juli 2000 vorgelegt und ihr Begehren auf Umbuchung der nachbezahlten BeitrĤge weiter auf den sozialrechtlichen Her-stellungsanspruch gestýtzt. Ihr könne nicht vorgehalten werden, dass sie gegenýber der Beklag-ten nicht um eine Beratung nachgesucht habe. Es habe ein Anlass für eine Spontanberatung durch die Beklagte vorgelegen. Zwar sei ihr durch die Beklagte Informationsmaterial zur Beitragsnachzahlung zur Verfügung gestellt worden. Die Beklagte hätte jedoch die Ā□bersendung von Merkblättern vor allem deswegen nicht als ausreichend ansehen dürfen, weil sich aus ihrem Verhalten nach Erhalt der Merkblätter ergeben habe, dass sie diese offensichtlich missverstanden habe. Die Klägerin beruft sich auch auf die Urteile des Bundessozialgerichts (BSG) vom 19. Februar 1987 (12 RK 55/84), vom 08. Dezember 1988 (12 RK 7/87) und vom 07. November 1991 (12 RK 22/91).

Die KlĤgerin beantragt sinngemĤÄ□,

das Urteil des Sozialgerichts Freiburg vom 13. Juli 2001 aufzuheben und die Beklagte unter Rýcknahme des Bescheids vom 30. Mai 1973, unter Aufhebung des Bescheids vom 16. Dezember 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 29. März 2000 sowie unter Abänderung des Bescheids vom 13. Juli 2000 zu verurteilen, ihr ab 01. August 2000 höhere Altersrente unter erneuter Entscheidung ýber ihren Nachzahlungsantrag vom 09. April 1973 zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ¹/₄ckzuweisen.

Sie h \tilde{A} ¤lt das angegriffene Urteil und die streitbefangenen Bescheide f \tilde{A} 1 4r zutreffend.

Die Beteiligten haben sich $\tilde{A}^{1/4}$ bereinstimmend mit einer Entscheidung durch Urteil ohne m $\tilde{A}^{1/4}$ ndli-che Verhandlung einverstanden erkl \tilde{A} xrt.

Zur weiteren Darstellung des Sachverhalts sowie des Vorbringens der Beteiligten wird auf die von der Beklagten vorgelegten Verwaltungsakten sowie auf die Akten beider Rechtsz \tilde{A}^{1} /4ge Bezug genommen.

$Ent scheidung sgr \tilde{A} \frac{1}{4} nd e:$

Die entsprechend den Form- und Fristvorschriften des § 151 Abs. 1 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) eingelegte Berufung der Klägerin, über die der Senat mit dem Einverständnis der Betei-ligten gemäÃ∏ § 124 Abs. 2 SGG ohne mündliche Verhandlung entschieden hat, ist zulässig, aber sachlich nicht begründet. Das SG hat zutreffend entschieden, dass der Bescheid der Beklagten vom 16. Dezember 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 29. März 2000 rechtmä-Ã∏ig ist und die Klägerin nicht in ihren Rechten verletzt. Die Beklagte hat es zu Recht abgelehnt, den unanfechtbar gewordenen Nachentrichtungsbescheid vom 30. Mai 1973 zurückzunehmen und eine

Umbuchung der fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zeit von April 1955 bis MÃxrz 1962 nachbezahlten BeitrÃxge zu-zulassen. Daher steht der KlÃxgerin auch keine hÃxhere Altersrente ab 01. August 2000 aufgrund einer Umbuchung der BeitrÃxge fÃxr die Zeit von April 1955 bis MÃxrz 1962 zu. Zur Vermeidung von Wiederholungen verweist der Senat nach x8 153 Abs. 2 SGG auf die zutreffenden Entschei-dungsgrÃx1/4nde des sozialgerichtlichen Urteils.

Ergänzend ist noch Folgendes auszuführen: Auch der Senat verneint hier die ausnahmsweise mittels eines Herstellungsanspruchs erĶffnete MĶglichkeit der nachtrÄxglichen Umbuchung der nachbezahlten BeitrÄxge. Ein Beratungsmangel hinsichtlich einer zweckmäÃ∏igeren Belegung mit Beiträgen nach bestimmten Beitragsklassen für die Zeit von April 1955 bis März 1962, wie sie die Klägerin im Schriftsatz ihrer BevollmÄxchtigten vom 17. Oktober 2000 dargelegt hat, liegt nicht vor. Die KlĤgerin hatte sich, ohne zuvor eine Beratung seitens der Beklagten in Anspruch zu nehmen, bereits mit Schreiben vom 13. Oktober 1972 wegen der Nachzahlung von BeitrĤgen für die Zeit von 1955 bis 1960 an die Beklagte gewandt. Als sie die NachentrichtungsantrĤge mit den genauen Angaben zu den Belegungszeiten und zu den BeitrĤgen nach Beitragsklassen in den Formanträgen 6.1362 vom 09. April 1973 gestellt hatte, lag ihr das Formschreiben der Beklagten 6.1361 einschlieA⊓lich der MerkblAxtter 8 sowie 15 und einer Beitragstafel vor, was von ihr nicht bestritten wird. Mit der ̸bersendung dieser Unterlagen hat die Beklagte ihrer Beratungspflicht genügt, zumal sich die Klägerin wegen der Wahl der Beitragsklassen vor der endgýltigen Antragstellung am 09. April 1973 nicht nochmals konkret an die Beklagte gewandt hat. Schon das Formschreiben 6.1361 enthielt den Hinweis an die KlĤgerin, dass die gewĤhlte Beitragsklasse und der Zeitraum, fļr den die BetrĤge gelten sollten, nicht mehr geĤndert werden kĶnne, sobald der fļr die Nachentrichtung bestimmte Betrag an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellt (BfA) überwiesen worden sei. Ferner wurde klargestellt, dass die BfA keine Empfehlung darüber abgeben könne, welche Beitragsklasse für die Nachentrichtung am zweckmäÃ∏igsten sei. Es kön-ne auch nicht im Voraus berechnet werden, wie sich eine Beitragsentrichtung in der einen oder anderen Beitragsklasse auf die Höhe der späteren Rente auswirken werde. Ferner wurde auf die Merkblätter 8 und 15 verwiesen. Auch in den AntragserklĤrungen vom 09. April 1973, die mittels der Vordrucke 6.1362 abgegeben wurden, bestĤtigte die KlĤgerin, ihr sei bekannt, dass die von ihr darin gewĤhlten Beitragsklassen nicht mehr geĤndert werden könnten, sobald der jewei-lige Beitrag an die BfA überwiesen worden sei. Weiter enthielt auch das Merkblatt 15 (Nachent-richtung von BeitrĤgen für Zeiten der Heiratserstattung) auf Seite 4 den Hinweis, dass die Wahl der Beitragsklassen dem Versicherten frei stehe. Auch ergaben sich für die Klägerin aus den Hinweisen dort auf Seite 6 unter 4, mit welchen VervielfĤltigungswerten die nachentrichteten BeitrÄxge, bezogen auf die Belegungsjahre und die Beitragsklassen, bei der Berechnung der per-sĶnlichen Rentenbemessungsgrundlage zu berýcksichtigen sind. Daraus ergab sich auch, wie auf Seite 7 ausgeführt, dass der Vergleich der Vervielfältigungswerte zeige, dass die Werte für die Zeit bis 31. Dezember 1957 am höchsten seien, was bei den Änberlegungen zur Wirtschaftlichkeit einer Nachentrichtung einbezogen werden solle, sofern verschiedene NachentrichtungszeitrĤume zur Wahl stünden.

Schlieà lich enthielt das genannte Merkblatt auf Seite 10/11 noch den folgen-den Ratschlag: "Die hier aufgeführten Punkte zeigen, dass es nicht einfach ist zu unterscheiden, ob eine Nachentrichtung wirtschaftlich sinnvoll ist. Wir empfehlen daher dringend, vor der Ein-zahlung der BeitrĤge sich zunĤchst die Rente ohne die einzuzahlenden BeitrĤge und dann mit ihnen berechnen zu lassen. Die BfA kann diese Berechnung leider nicht durchfļhren; sie stellt aber kostenlos einen Bogen zur Selbstberechnung zur VerfA¹/₄gung". Weiter enthielt das Merkblatt auf Seite 13 auch noch Hinweise auf die MA¶glichkeiten, kostenlos AuskA¼nfte in Rentenversiche-rungsangelegenheiten zu erhalten. Da die KlĤgerin trotz der aufgeführten Hinweise bei der Wahl der Beitragsklassen hinsichtlich der Belegungszeiten von der MĶglichkeit, sich beraten zu lassen, keinen Gebrauch gemacht hat, war es nicht geboten, dass die Beklagte sie von sich aus nach Eingang der AntrĤge vom 09. April 1973 und vor Erlass des Bescheids vom 30. Mai 1973 nach einer individuellen Prüfung über die ZweckmäÃ∏igkeit bzw. UnzweckmäÃ∏igkeit der von ihr für die einzelnen Belegungsjahre gewählten Beitragsklassen hÄxtten aufklÄxren mļssen. Insoweit durf-te die Beklagte berücksichtigen, dass die Klägerin eine vorherige Beratung angesichts der ihr vorliegenden Unterlagen nicht fýr erforderlich gehalten hat. Die Klägerin ist auch nicht etwa durch die Beklagte aufgrund einer unrichtigen Auskunft davon abgehalten worden, im Jahre 1973 eine günstigere Gestaltungsmöglichkeit zu wÃxhlen. Da die KlÃxgerin nicht um eine Beratung bei der Beklagten nachgesucht und auch keine Rentenberechnung veranlasst hat, kann sie sich zur Geltendmachung eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs nicht darauf berufen, sie habe die ihr von der Beklagten zur Verfļgung gestellten Unterlagen, insbesondere auch das Merkblatt 15, nicht verstanden oder missverstanden.

Danach war die Berufung zurĽckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Gründe für eine Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Erstellt am: 09.11.2004

Zuletzt verändert am: 21.12.2024